

## MEINUNGEN

# Der Spielraum für Sonderlösungen wird kleiner



Von Christian Frommelt\*

**Überregulierung hat sich** in den letzten Jahren zu einem politischen Kampfbegriff entwickelt. Auch in Liechtenstein warnen vor allem Wirtschaftsverbände vor zu viel Regulierung. Diese Kritik erscheint auf den ersten Blick verständlich. Das Recht kann nicht mithalten, wo Märkte, Wissenschaft und Technik täglich neue Probleme und Lösungen hervorbringen – ausser es stellt sich diesen Entwicklungen in den Weg. Dennoch ist Regulierung per se weder wirtschafts- noch fortschrittsfeindlich. Vielmehr ist der Markt nicht immer in der Lage, das Versprechen kollektiver Wohlstandsvermehrung einzulösen. Stattdessen entstehen für die Allgemeinheit Kosten in Form überteuerter Monopolpreise, von Systemrisiken verschiedenster Art oder Gesundheitsgefahren. Regulierung ist somit eine zentrale Staatsaufgabe, um Marktversagen vorzubeugen.

**Grundsätzlich lassen sich** drei Erklärungen für den Bedeutungszuwachs regulativer Ordnungspolitik erkennen: Privatisierung und Regulierung, Internationalisierung sowie die Zunahme von Zivilisations- und Umweltrisiken. Mit Blick auf Liechtenstein wird dabei vor allem die EWR-Mitgliedschaft als Regulierungsmotor identifiziert. Tatsächlich hat in Liechtenstein die Regulierungsdichte nach dem EWR-Beitritt stark zugenommen.

So wurden ein Jahr vor dem Beitritt lediglich 86 Landesgesetze veröffentlicht – heute sind es bereits über 450. Hinzu kommen etliche EU-Verordnungen, die unmittelbar anwendbar sind.

**Die Regulierung ist der Preis** für den durch die EWR-Mitgliedschaft erworbenen Marktzugang. Die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt bedingt die Harmonisierung regulativer Standards, um ein «level playing field» zu schaffen. Die Grösse und Diversität des europäischen Marktes bedingen dabei, dass Regulierung erfolgt, die zwar von allen Staaten eingehalten werden muss, aber nicht für alle Staaten von praktischer Relevanz ist. Gerade ein Kleinstaat wie Liechtenstein ist von diesem Dilemma stark betroffen.

## «Regulierung ist der Preis für den Marktzugang»

**Die gestiegene Regulierungsdichte** in Liechtenstein ist aber nicht nur auf den europäischen Integrationsprozess zurückzuführen. Einerseits widerspiegeln die durch den EWR-Beitritt vorangetriebene Privatisierung öffentlicher Aufgaben sowie die verstärkte Risikoregulierung einen internationalen Trend, dem auch Nicht-EWR-Mitglieder unterliegen. Andererseits verzichtete Liechtenstein bis zum EWR-Beitritt in vielen Politikbereichen auf eine eigenständige Regulierung. Die mit dem EWR-Beitritt einsetzende Kodifizierung gab Liechtenstein auch mehr Eigenstaatlichkeit und stärkte den Rechtsstaat durch mehr Transparenz.

**Für die Ausgestaltung** regulativer Politik spielen nationale Verwaltungsstrukturen und Rechtstraditionen sowie gesellschaftliche Interessengruppen eine entscheidende Rolle. In Liechtenstein dominiert dabei die Präferenz zur

Selbstregulierung, was neben der Kleinräumigkeit wohl vor allem auf den geringen Organisationsgrad zivilgesellschaftlicher Interessenvertreter zurückzuführen ist.

**Diese Präferenz zeigt sich** auch im Umgang mit europäischer Regulierung. Mit der Landwirtschaft und der Zollunion wurden bereits bei der Konzeption des EWR die am stärksten regulierten Politikfelder der EU ausgeschlossen. Entsprechend setzt Liechtenstein trotz EWR- und Schengen-Mitgliedschaft lediglich etwa 25 Prozent des gesamten EU-Sekundärrechts um. Zudem gelten für Liechtenstein innerhalb des EWR-Rechts deutlich mehr Ausnahmen als für die übrigen 30 EWR-Mitglieder. Ausserdem votiert Liechtenstein meist für eine pragmatische Umsetzung europäischer Regulierung, wie etwa die unterschiedliche Umsetzung der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Liechtenstein und Österreich zeigt.

**Der Spielraum Liechtensteins** für Sonderlösungen wird in Zukunft wohl deutlich kleiner werden. Gleichzeitig wird die Bedeutung regulativer Politik weiter steigen. Dies gilt sowohl für die Definition gemeinsamer Standards als auch für die Mittel, mit welchen die Regelinhaltung kontrolliert werden kann. Daher sind Forderungen nach einem Regulierungsabbau in Liechtenstein zu relativieren. Etwas mehr Erfolg verspricht die aktive Teilnahme am europäischen Mehrebenensystem. So hat die EU eine Initiative zur Bekämpfung von Überregulierung gestartet und Massnahmen beschlossen, um die Verwaltungslasten für KMU zu verringern. Mit einer aktiven Europapolitik kann auch Liechtenstein solche Initiativen beeinflussen. Will Liechtenstein also seinen Regulierungsstil wahren, könnte für einmal nicht weniger, sondern mehr Europa entscheidend sein.

\*Christian Frommelt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Liechtenstein-Institut.